

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Lehren aus der Corona-Pandemie: reflektieren, evaluieren, aufarbeiten
und präventiv handeln – Einsetzung einer Enquete-Kommission**

Mehr als 2.500 Hamburger:innen sind bis zum Sommer 2022 im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion verstorben, eine viel höhere Zahl leidet heute noch an den Folgen einer durchlittenen Infektion. Die Betroffenheit unterscheidet sich dabei nicht nur zwischen den Altersgruppen, sondern auch erheblich zwischen Arbeits-, Lebens- und Wohnlagen der Menschen. Darüber hinaus hat die Pandemie deutlicher als je zuvor nicht nur den Pflegenotstand sichtbar, sondern auch die Defizite eines seit Jahren kaputtgesparten öffentlichen Gesundheitsdienstes für alle erlebbar gemacht und gnadenlos aufgezeigt, wie sozial ungerecht das Bildungssystem aufgestellt und organisiert ist. Gerade in dieser Pandemie, insbesondere in der Phase der Schulschließungen, hingen die digitale Teilhabe und die soziale Resilienz maßgeblich von den Ressourcen des jeweiligen Elternhauses ab. Und auch wenn die Corona-Krise noch nicht überwunden und unklar ist, wie lange sie noch andauern wird, sollte früh damit begonnen werden, die vergangenen zweieinhalb Jahre aufzuarbeiten und die Lehren aus der Krise und den Erfahrungen einer Gesellschaft im pandemiebedingten Ausnahmezustand zu ziehen. Die „Lessons Learned“ dieser ungewöhnlichen, für viele völlig unerwartet aufgetretenen Gesundheits- und sozialen Krise sollten helfen, auf künftige Krisen besser vorbereitet zu sein und sie zielgenauer bewältigen zu können. Dass es zu weiteren Pandemien kommen wird, ist keine Frage des Ob, sondern lediglich des Wie und Wann.

Zwar hat der Bund einen Sachverständigenausschuss zur Auswertung des Infektionsschutzgesetzes eingesetzt, gleichwohl unterscheiden sich Pandemie-Management, Kriseninfrastruktur, Maßnahmen zur Eindämmung, Kommunikations- und Impfstrategien der einzelnen Bundesländer deutlich voneinander, sodass auch eine hamburgspezifische Aufarbeitung unerlässlich ist. Hinzu kommt, dass Uneinigkeit und Konflikte die Corona-Politik von Bund und Ländern über lange Zeit dominiert haben. Im Spannungsfeld zwischen unbedingtem Gesundheitsschutz und Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte hat Hamburg im Gegensatz zu anderen Bundesländern einen eher restriktiven Corona-Kurs vertreten. Maskenpflicht beim Joggen, Alkoholverbot in der Öffentlichkeit oder nächtliche Ausgangssperren sind nur wenige Beispiele für das Hamburger Pandemie-Management, deren Wirkung bis heute nicht evaluiert wurde. Aber auch hinsichtlich der Impf- und Kommunikationsstrategie unterscheidet sich der Hamburger Kurs von anderen Bundesländern. So hat Hamburg zunächst ein zentrales Impfzentrum eingerichtet und nicht, wie beispielsweise Bremen, von Anfang an auf mobile Impfangebote gesetzt. Auch wurden in Hamburg über Monate keine stadtteilbezogenen Inzidenzen veröffentlicht, obwohl diese für eine Bewertung der Lage äußerst wichtig gewesen wären. Bis heute sind die Äußerungen zu den Inzidenzen Ungeimpfter seitens des Ersten Bürgermeisters nicht parlamentarisch aufgearbeitet worden. Nicht nachvollziehbar ist und bleibt, warum Hamburg noch im April ein sogenannter Hotspot war und Corona-Einschränkungen verlängert wurden und im Mai

bei immer noch hohen Inzidenzen die Lage auf einmal anders bewertet wurde und alle Maßnahmen zur Eindämmung gefallen sind. Die Chronik der Maßnahmen sowie der Kommunikations- und Impfstrategie ließe sich beliebig weiterführen.

Die Situation an den Schulen, in den Kindertagesstätten, in der Ausbildung und in der Kinder- und Jugendhilfe während der Pandemie braucht eine gesonderte Aufarbeitung. Die diverse Studienlage bezogen auf all diese Bereiche muss eingehend ausgewertet, perspektivisch aufbereitet und möglicherweise ergänzt werden. Ganz besonders muss dabei der Fokus auf die physischen und psychischen Auswirkungen für die Kinder und Jugendlichen gelegt werden und der Politik aus wissenschaftlicher Sicht Hinweise gegeben werden, welche unterstützenden und kompensatorischen Maßnahmen geeigneter Weise zu treffen sind.

Um die Stadt auf künftige Krisen und Pandemien vorzubereiten und die gesellschaftlichen Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren, muss die zurückliegende Corona-Pandemie reflektiert, aufgearbeitet und evaluiert werden. Hierfür scheint die Einsetzung einer Enquete-Kommission, der Abgeordnete aller Fraktionen sowie wissenschaftliche Sachverständige und Vertreter:innen wichtiger gesellschaftlicher Bereiche angehören, am besten geeignet. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hätte zwar weitreichendere Rechte, würde aber möglicherweise unnötige ideologische Debatten fördern und sich im Sinne der parlamentarischen Kontrolle allein auf das Handeln des Senats beschränken. Eine Enquete-Kommission dagegen kann umfassender und unabhängiger analysieren und schlussfolgern. Demnach ist es die Aufgabe der Kommission, auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse die Maßnahmen auszuwerten und deren Wirksamkeit darzulegen sowie die Hamburger Kommunikations-, Informations- und Impfstrategie zu evaluieren. Darüber hinaus wird sie beauftragt, in eingehender Analyse der Krise Konsequenzen aus dieser, bezogen auf alle Lebens-, Lern und Arbeitsbereiche, zu ziehen und daraus ableitend konkrete Handlungsempfehlungen und Vorschläge für nachgelagerte politische Entscheidungen zu erarbeiten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

- I. Gemäß Artikel 27 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in Verbindung mit § 63 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft wird eine Enquete-Kommission „Corona – reflektieren, evaluieren, aufarbeiten und präventiv handeln“ eingesetzt,
- II. Auftrag der Enquete-Kommission ist die Erarbeitung von Empfehlungen zu unter anderem folgenden Fragen und Themen:
 1. Datenlage und Bewertung der pandemischen Lage,
 2. Wirkung und Evaluation der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Spannungsfeld von unbedingtem Gesundheitsschutz und Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte,
 3. Auswirkungen und Evaluation der getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im schulischen Bereich im Spannungsfeld von Recht auf Bildung und Recht auf Gesundheit und Arbeitsschutz,
 4. Auswirkungen und Evaluation der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Betreuungs-, Bildungs-, Ausbildungs- und Kinder- und Jugendhilfebereich,
 5. Auswirkungen der Pandemie sowie des Pandemie-Managements auf marginalisierte Personengruppen,
 6. Bevorratung und Katastrophenschutz,
 7. Impfkampagne,
 8. Kommunikations- und Informationsstrategie,
 9. Gesundheitsprävention in den Quartieren,
 10. Pflegenotstand und Gewinnung/Rückkehr von Pflegekräften,

11. krisenfester ÖGD,
12. soziale und wirtschaftliche Folgen der Pandemie,
- III. die Enquete-Kommission wird gebeten, das Ergebnis ihrer Beratung der Bürgerschaft bis zum Ende der Legislatur schriftlich vorzulegen,
- IV. die Enquete-Kommission besteht neben jeweils einer:m Abgeordneten aus neun Sachverständigen,
- V. gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg wird der Enquete-Kommission ein Arbeitsstab zur Verfügung gestellt.